

## Bald Schwarze Listen mit Notrufsündern



Foto: StN

Stuttgart - Ein neues Bundesgesetz schreibt vor, dass die Notrufverordnung bis zum 1. Juli 2009 umgesetzt sein muss. Davon kann in Baden-Württemberg allerdings keine Rede sein. Vor allem das Rote Kreuz verteidigt die 19222 nach wie vor als Notrufnummer. Die Bürgerinitiative Rettungsdienst droht dem DRK deshalb Strafaktionen an.

Über 112 lässt sich mittlerweile in fast ganz Europa Hilfe rufen, wenn zu Hause oder auf der Straße ein Unfall passiert oder ein medizinischer Notfall eingetreten ist. Die Europäische Union hat diese drei Ziffern bereits vor zwei Jahren zur alleinigen Notrufnummer in ihren Mitgliedsländern erklärt. Die Bundesregierung schloss sich mit Verspätung im März 2009 diesen Vorgaben an und erließ eine entsprechende Verordnung.

Mit einem Passus der Bestimmungen hat insbesondere das Deutsche Rote Kreuz in Baden-Württemberg seine Schwierigkeiten. Die 112 soll auch in solchen Gegenden die alleinige rettungsdienstliche Notrufnummer sein, die es noch nicht geschafft haben, aus Feuerwehr und DRK eine einheitliche Rettungsorganisation - die sogenannten integrierten Leitstellen - zu formen.

In sieben Landkreisen fehlt bisher dieses moderne Rettungssystem. Damit die Hilfesuchenden nicht über den Umweg Polizei oder Feuerwehr an das DRK gelangen, wirbt die Rettungsorganisation mit der 19222 als direktem Draht zum Rettungswagen und zum Notarzt. Nach dem Gesetz darf über diese Rufnummer nach dem 1. Juli 2009 aber nur noch ein Krankentransport angefordert werden. In einem Schreiben an die beiden Landesverbände machte das baden-württembergische Sozialministerium auf diese einschneidende Änderung unmissverständlich aufmerksam. Insbesondere auf seinen Fahrzeugen ist das Rote Kreuz aufgefordert, die 19222 klar mit ihrem Bestimmungszweck auszuweisen und den Euronotruf 112 groß herauszustellen.

Eigentlich weiß das DRK seit zwei Jahren, dass diese Änderung kommt. Die Kreisverbände haben jedoch unterschiedliche Anstrengungen unternommen, um den EU-Vorgaben gerecht zu werden. Die Verweigerungshaltung, die auch beim DRK Esslingen und Göppingen anzutreffen ist, macht Joachim Spohn auf gut Schwäbisch "fuchsteufelnarret". Spohn ist Vorsitzender der Bürgerinitiative Rettungsdienst. Sie kämpft seit Jahrzehnten zusammen mit anderen Organisationen für den Euronotruf 112 und gegen die 19222. Und das aus gutem Grund.

Wiederholt machten die Initiative, aber auch andere Rettungsorganisationen wie die Malteser darauf aufmerksam, dass eine Alarmierung über 19222 zu lebensbedrohenden Situationen für

das Notfallopfer führen kann. Wenn die fünfstellige Zahl über ein Mobiltelefon aktiviert wird, läuft der Anruf ins Leere. Ans Ziel kommt der Notruf nur mit der entsprechenden Ortsvorwahl des jeweiligen DRK-Kreisverbandes. "Wer weiß das schon oder erinnert sich bei einem Notfall daran?", gibt Spohn zu bedenken.

Ermutigt durch den Erlass des Sozialministeriums kündigt Spohns Initiative zusammen mit anderen Organisationen wie dem Forum Notfallrettung Stuttgart an, den Druck auf die 19222-Verfechter in den Reihen des DRK zu erhöhen. "Wir werden ab August Schwarze Listen veröffentlichen. In denen steht drin, wer sich weigert, auf den Euronotruf umzustellen", warnt Spohn. Es könne doch nicht sein, dass die EU, der Bund und das Land entsprechende Gesetze erlassen und einige DRK-Kreisfürsten glauben, sie müssten sich nicht daran halten.

Für DRK-Landesgeschäftsführer Hans Heinz überziehen Joachim Spohn und die Initiative maßlos. "In der Verbreitung des Euronotrufs ist unser DRK wesentlich weiter als andere Bundesländer", hält Heinz dagegen. In den sieben Kreisen, in denen über 19222 noch Notrufe abgesetzt werden können, geht nach Angaben des Geschäftsführers der Ausbau von integrierten Leitstellen zügig voran. Erst wenn diese Kraftakte erledigt seien, werde das Rote Kreuz auf die fünfstelligen Ziffern verzichten. Dies ist für Heinz in vier bis fünf Jahren der Fall. In der Zwischenzeit gilt für ihn, dass "das DRK nicht an dieser Nummer klebt. Aber ein Verzicht auf sie darf zu keiner Verschlechterung für die Bevölkerung führen."

Gerhard Schertler

26.06.2009 - aktualisiert: 26.06.2009 18:39 Uhr